



Haushaltsrede 2023

Rede von Landeshauptmann

Arno Kompatscher

Bozen,

Südtiroler Landtag,

am 6. Dezember 2022

SCHLÜSSELSTELLEN DER REDE

- So beeindruckend die Summe von 6,69 Milliarden auch ist, die Zunahme von Erwartungen und Problemstellungen sowie die entsprechenden Forderungen nach Lösungen lassen selbst diese Zahl bescheiden wirken. 1
- Die noch vor einem Jahr für wahrscheinlich gehaltenen Prognosen zu Wirtschaftswachstum und Preisentwicklung wurden durch den Krieg in der Ukraine zunichtegemacht. 3
- Vor den Problemen, die auf uns zukommen, können wir weder weglaufen noch können wir uns freikaufen. Wir müssen uns und unser Land vorbereiten und verändern. 4
- Systeme, die einen Kipppunkt erreichen und in exponentielle Entwicklungsveränderungen übergehen, bringen uns rasch an die Grenzen des Machbaren. 5
- Im kommenden Jahr wird eine Neuausrichtung der Beiträge zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Ausbau der Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen erfolgen. 6
- Auch auf die Kreislaufwirtschaft wird das Augenmerk gerichtet werden. Im kommenden Jahr wird das Abfallsystem umgestellt. 7
- Südtirols Ziel bleibt die Aufwertung des ländlichen Raumes sowie die Sicherung der Versorgungsfunktion und Wettbewerbsfähigkeit der Südtiroler Landwirtschaft. 8
- Selbst ein Mehr an Fördermitteln kann aber nicht ändern, dass die Situation vor allem in der Berglandwirtschaft schwierig ist und das liegt nicht nur am Wolf. 9
- Der Weg zu einer tragfähigen Tourismusintensität und zukunftsweisenden Tourismuskultur ist in Südtirol nicht überall gleich lang oder beschwerlich, aber ein guter erster Schritt ist getan. 9
- Die im Jahr 2022 eingeführte Fahrradkoordinationsstelle wird beim Thema Fahrradmobilität einen Gang zulegen. Der Fahrradmobilitätsplan gibt dabei die Richtung vor. 10
- Der nationale Plan für Aufbau und Resilienz (PNRR) bietet vor allem für den Bereich Mobilität und den Ausbau von nachhaltigen Mobilitätsformen im Bereich Eisenbahn, Fahrrad und Bus gute Möglichkeiten. 11
- Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) empfiehlt, verstärkt in Quellen künftigen Wirtschaftswachstums zu investieren. Dazu zählen besonders Bildung, Forschung und Entwicklung. 12

- Gemeinsam mit den Labors der Fakultät Natur und Technik am NOI-Techpark wird die Basis für einen Universitäts- und Innovationscampus gelegt. 13
- Die Herausforderung durch die demografische Entwicklung lässt sich am Gesellschaftsanteil der Menschen im Alter von über 65 Jahren plakativ darstellen: 2013 lag er bei 19 Prozent, im Jahr 2030 wird er voraussichtlich 24 Prozent betragen. 15
- Der Ausbau wohnortnaher Dienste und damit auch die Stärkung der Rolle der Ärztinnen und Ärzte für Allgemeinmedizin, der Kinderärztinnen und -ärzte sowie der Apotheken ist eine unaufschiebbare Notwendigkeit. 16
- Zwar haben wir weniger Schülerinnen und Schüler als noch vor Jahren, aber es gibt ein breiteres Bildungsangebot, das auch in einer größeren Breite in Anspruch genommen wird. 17
- Durch die bestehenden Wohnbau-Maßnahmen konnten in den vergangenen Jahrzehnten wichtige Ergebnisse erzielt werden, wie eine deutliche Stärkung der Eigentumsquote, die zudem für viele eine solide Altersabsicherung darstellt. 19
- Südtirols relative finanzielle Unabhängigkeit dauerhaft abzusichern, ist eine der zentralen Errungenschaften, die über die Jahre erreicht wurde. 19
- Unsere Autonomie macht es immer wieder notwendig, Fehlentwicklungen zu korrigieren, so wie dies aktuell aufgrund der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs in der Folge der Verfassungsreform 2001 notwendig ist. 20
- Persönlich bin ich fest davon überzeugt, dass eine gleichberechtigte Gesellschaft eine große Chance ist und viele Entwicklungspotentiale birgt. 21

(ES GILT DAS GESPROCHENE WORT)

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Abgeordnete zum Südtiroler Landtag,
Hohes Haus!

Wir haben wieder einen ansehnlichen Haushalt auf den Weg zu bringen. Rund 6,7 Milliarden Euro stehen der Landesverwaltung 2023 zur Verfügung, um die vorhandenen Aufgaben zu bewältigen und den bevorstehenden Herausforderungen zu begegnen. So beeindruckend die Summe von 6,69 Milliarden auch ist, die Zunahme von Erwartungen und Problemstellungen sowie die entsprechenden Forderungen nach Lösungen lassen selbst diese Zahl bescheiden wirken. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund der unsicheren Entwicklung der Wirtschaft in Europa wie weltweit. Begriffe wie Inflation, Stagnation, Stagflation und Rezession machen wieder die Runde und treiben vielen alleinstehenden Menschen, Eltern, Wirtschaftstreibenden, Ökonomen und politisch Verantwortlichen die Sorgenfalten auf die Stirn.

So beeindruckend die Summe von 6,69 Milliarden auch ist, die Zunahme von Erwartungen und Problemstellungen sowie die entsprechenden Forderungen nach Lösungen lassen selbst diese Zahl bescheiden wirken.

Das Südtiroler Wirtschaftsbarometer ist wieder auf ein Erwartungsniveau zurückgegangen, ähnlich jenem in den Jahren 2013 und 2014. Zu dieser Zeit hatte Südtirol mit den Auswirkungen der damaligen Wirtschaftskrise und den massiven Sparzwängen und Eingriffen in die Autonomie durch die Regierung Monti zu kämpfen. Dank des 2014 ausgehandelten Sicherungspakts und der ermöglichten Senkung der steuerlichen Belastung – insbesondere für Unternehmen, aber auch für die unteren Einkommensschichten – konnten seither viele schwierige Hürden überwunden werden. Die Investitionen, die Beschäftigung und der Konsum, mit entsprechenden Einnahmewüchsen für das Land, haben sich positiv entwickelt. Im Gegenzug zur Steuerreduzierung wurden seinerzeit die Wirtschaftsfördermaßnahmen ausgedünnt. Über die Jahre wurde diese grundlegende strategische Ausrichtung immer wieder neu austariert. Es wurden neue Fördermaßnahmen eingerichtet, aber auch Steuererleichterungen teilweise zurückgenommen.

Den verständlichen Forderungen nach neuerlichen Steuererleichterungen wird im vorliegenden Haushaltsvorschlag noch nicht nachgekommen, zumal die vorhandene Mittelausstattung für den angemeldeten Bedarf bereits knapp ist und zusätzliche Einnahmeausfälle durch Verzicht auf geplante Maßnahmen gegenzufinanzieren sind. Dies auch vor dem Hintergrund, dass wir in einigen Bereichen schon die Situation haben, dass über einen Nachtragshaushalt zusätzliche Mittel bereitgestellt werden müssen und wissen, dass dieser voraussichtlich wenig üppig ausfallen wird. Worüber wir in diesem Zusammenhang demnächst aber diskutieren sollten, sind zusätzliche Steuererleichterungen für Investitionen, die unser Wirtschaftssystem auf eine ressourcenschonende Art umbauen und auf eine nachhaltige Entwicklung ausrichten. Gerade die dramatischen Entwicklungen an der östlichen Außengrenze der europäischen Union zeigen, wie strategisch eine solche Neuausrichtung ist, die auf Ressourceneffizienz und erneuerbare Energiequellen setzt und dadurch zu einer langfristigen Sicherung unserer Lebensgrundlagen beiträgt.

Die noch vor einem Jahr für wahrscheinlich gehaltenen Prognosen zu Wirtschaftswachstum und Preisentwicklung wurden durch den Krieg in der Ukraine zunichtegemacht. Angesichts der hohen Energiekosten und der steigenden Inflation mussten wir bereits ein umfangreiches Entlastungspaket schnüren, um den Bürgerinnen und Bürgern kurzfristig unter die Arme zu greifen sowie wichtige soziale und öffentliche Dienste aufrecht zu erhalten, die dem Kostendruck zum Opfer zu fallen drohten. Diese Notwendigkeit wird uns voraussichtlich auch 2023 noch begleiten. Der Südtiroler Gemeindenverband hat bereits zusätzlichen Mittelbedarf angemeldet, um öffentliche Dienste, Sportanlagen und Schwimmbäder am Laufen zu halten, möglichst ohne die Tarife nach oben korrigieren zu müssen. Insgesamt stehen für die Gemeindenfinanzierung über 350 Millionen Euro zur Verfügung. Angesichts der gesellschaftlichen Tragweite wird das Land Südtirol seinen Beitrag leisten und mit der ersten Haushaltsänderung zusätzlich rund 20 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Gleichzeitig müssen wir uns auch auf allen anderen Verwaltungsebenen anstrengen, um die Einrichtungen von öffentlichem Interesse aufrecht zu erhalten.

Die noch vor einem Jahr für wahrscheinlich gehaltenen Prognosen zu Wirtschaftswachstum und Preisentwicklung wurden durch den Krieg in der Ukraine zunichtegemacht.

Während bis Anfang 2022 der Fokus auf einer zumindest teilweisen Erholung nach der Pandemie lag, richtet sich das Augenmerk seit Beginn des Krieges in der Ukraine auf die Vermeidung einer Stagflation sowie auf die Sicherung der Energieversorgung. Laut den jüngsten Schätzungen des Internationalen Währungsfonds wird das Bruttoinlandsprodukt der Eurozone heuer noch um 3,1 Prozent steigen, aber nur noch um 0,5 Prozent im kommenden Jahr 2023. Für Deutschland wird sogar ein Rückgang des BIP von 0,3 Prozent erwartet. Das sind keine rosigen Aussichten. Andererseits haben wir geschäftige Monate hinter uns, in denen das Wirtschaftswachstum – insbesondere in Italien – die Erwartungen übertroffen hat. Die letzte Aktualisierung des staatlichen Finanzplanungsdokuments unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass trotz der unerwartet positiven Entwicklung der letzten Monate eine gedämpfte Wachstumserwartung für das kommende Jahr besteht. Die ohnehin nicht herausragenden Prognosen von 0,6 Prozent werden deshalb auf 0,3 Prozent Wachstum halbiert. Gleichzeitig spricht das Dokument von 7 Prozent Inflation für das heurige Jahr und von 5,5 Prozent für das nächste Jahr. Die jüngste Inflationsberechnung für Oktober 2022 durch das ASTAT hat für Bozen einen Wert von 11,4 Prozent festgestellt. In diesem unsicheren Umfeld muss die Südtiroler Landesverwaltung mehr denn je in die Lage versetzt werden, auch kurzfristige Maßnahmen setzen zu können, um den stabilen Rahmen zu gewährleisten, in dem sich gesellschaftliches, soziales wie wirtschaftliches Leben entfalten kann.

Im Rückblick auf die mittlerweile größtenteils überwundene COVID-Krise kann mit einer gewissen Genugtuung festgehalten werden, dass die Südtiroler Landesverwaltung diese Herausforderung auch als Chance begriffen hat. Dies zeigen Erfolgsmodelle wie die Abwicklung sämtlicher Covid-Beihilfen über eine eigene digitale Plattform, die Ermöglichung des einheitlichen SPID-Zugangs zu allen Online-Diensten der Verwaltung; sowie die Einführung des Smart Workings als flexible und attraktivitätssteigernde neue Arbeitsform. Krisen als Chancen zu verstehen, ganz im Sinne von Winston Churchills „*Never let a good crisis go to waste*“ („Lass niemals eine Krise ungenutzt verstreichen“)

wird zum wahren Leitmotiv der kommenden Jahre werden. Das liegt insbesondere an zwei lange bekannten, wie gut untersuchten und durchaus vorhersehbaren Megatrends: der demografischen Entwicklung hin zu einer überalterten Gesellschaft, sowie dem Klimawandel hin zu einem unbewohnbaren Planeten.

Global gesehen sind die Probleme, die sich daraus ergeben, ungleich verteilt, mit einem markanten Nord-Süd-Gefälle. Vor allem die Auswirkungen der Klimakrise bedeuten eine Zeitenwende. Vor den Problemen, die auf uns zurollen, können wir weder weglaufen noch können wir uns freikaufen. Wir müssen uns und unser Land vorbereiten und verändern. Dazu brauchen wir eine gesunde und tragfähige Wirtschaft, um den nötigen Umbau finanzieren und in Angriff nehmen zu können. Für diesen Umbau werden wir hart an uns arbeiten, die Ansprüche überdenken und den Raubbau an begrenzten Ressourcen zurückfahren müssen. Qualität statt Quantität, geschlossene Kreisläufe, kompensierte CO₂-Rucksäcke und Verzicht sind Schlagworte der Veränderungen, die nötig sind. Neben den wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen brauchen wir Solidarität, ganz im Sinne des zweiten Grundprinzips¹ der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Man muss aber nicht unbedingt die Vereinten Nationen oder die internationale Fachwelt bemühen, um zu verstehen, wie weitreichend die Auswirkungen sein werden, die durch den Klimawandel und ungünstige Witterungsverhältnisse entstehen. Ein Blick auf Südtirols Wälder genügt.

Vor den Problemen, die auf uns zukommen, können wir weder weglaufen noch können wir uns freikaufen. Wir müssen uns und unser Land vorbereiten und verändern.

Südtirol hat eine Fläche von 740.000 Hektar, etwa 350.000 Hektar davon sind Wald und es gibt rund 20.000 Waldbesitzer. Über 5.000 Hektar Wald sind vom Borkenkäfer befallen. Trotz massiver Bemühungen gelingt es aktuell nicht, diese Plage zu stoppen. Nach dem Sturmereignis Vaia wurden zunächst für 2.629 Gesuche 21,4 Millionen Euro an Beiträgen an die betroffenen Waldbesitzer ausgezahlt und weitere 10 Millionen Euro für die Schadholzbringung. Zudem wurden Beiträge für Fangbäume sowie die Entrindung zur direkten Bekämpfung des Borkenkäfers genehmigt.

¹ Leave no one behind

Dieses Problem zeigt uns aktuell aber unsere Grenzen auf, trotz aller technologischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritte. Systeme, die einen Kipppunkt erreichen und in exponentielle Entwicklungsveränderungen übergehen, bringen uns rasch an die Grenzen des Machbaren. Dies ist auch die immer wieder betonte Warnung der Wissenschaft im Zusammenhang mit der Klimakrise. Der Borkenkäferbefall ist dafür ein gutes Beispiel, da er nicht nur ein Problem der Forstwirtschaft und der Waldbesitzer ist. Diese Krise in Südtirols Wäldern schädigt wichtige Funktionen des Waldes: angefangen bei der Schutzfunktion vor Lawinen, Muren und anderen Erosionsereignissen über die Erholungsfunktion bis hin zur Sicherung des Wasserhaushaltes, und wird daher mit hohen Folgekosten verbunden sein.

Systeme, die einen Kipppunkt erreichen und in exponentielle Entwicklungsveränderungen übergehen, bringen uns rasch an die Grenzen des Machbaren.

Wie dramatisch sich das Problem der Wasserknappheit entwickeln kann, hat uns das heurige Jahr gezeigt. In Südtirol musste der Wassernotstand ausgerufen werden, wengleich ich an dieser Stelle betonen möchte, dass die Maßnahmen wenig einschränkend waren und im Grunde Regeln des gesunden Hausverstandes umfasst haben. Doch es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Niederschlagsmengen in diesem Jahr vor allem im Süden des Landes um rund ein Drittel unter dem langjährigen Schnitt lagen, und zwar nach einem sehr trockenen und niederschlagsarmen Winter. Bei unseren südlichen Nachbarn war die Lage noch schwieriger. Zeitweise mussten wir in Südtirol Wasser aus den Speicherbecken ablassen und damit Strom zu ungünstigen Zeiten produzieren, um die Trinkwasserversorgung in Venetien zu garantieren. Auch dies ein kleines Beispiel der Kosten, mit denen in der Klimakrise dauerhaft zu rechnen sein wird. Die Kostenfrage stellt sich insbesondere auch im Bereich des Zivilschutzes. Die Auswirkungen des Klimawandels sind bereits spürbar. Die Warnung vor möglichen Gefahren wird immer wichtiger. Letztlich betrifft der Zivilschutz uns alle. Der Bevölkerungsschutz wird mittel- und langfristig mehr Mittel erfordern, als dies aktuell der Fall ist. Dafür müssen wir bald den finanziellen Handlungsspielraum schaffen.

Aktuell ist aber die Frage der Energie eine der drängendsten. Wie können wir die drohende Energiearmut überwinden und Versorgungssicherheit garantieren? Und wie können wir den dafür notwendigen Strukturwandel auch im Sinne der Vorbeugung von Klimawandel

bzw. dessen Auswirkungen nutzen? Grundsätzlich haben wir zwei Antworten darauf. Den Ausbau der Energieeffizienz sowie den Ausbau des Anteils an erneuerbarer und im Land produzierter Energie. Im kommenden Jahr wird eine Neuausrichtung der Beiträge zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Ausbau der Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen erfolgen. Dabei sind insbesondere die Stabilisierung des Beitrages für die energetische Sanierung von Mehrfamiliengebäuden auf 80 Prozent, die Beiträge für den Ausbau der Versorgung mit Fernwärme aus Biomasse und die Photovoltaikoffensive zu erwähnen.

Im kommenden Jahr wird eine Neuausrichtung der Beiträge zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Ausbau der Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen erfolgen.

Auch auf die Kreislaufwirtschaft wird das Augenmerk gerichtet werden. Im kommenden Jahr wird das Abfallsystem umgestellt. Dabei sollen die Stärken des lokalen Systems bewahrt sowie mehr Transparenz und Effizienz garantiert werden. Ein besonderer Meilenstein wird die Klärschlammverbrennungsanlage in St. Lorenzen werden, deren Realisierung endlich angegangen wird, um das Potential der Rückgewinnung von Phosphor und Energie bestmöglich auszuschöpfen und so Rohstoff- und Energiekreisläufe im Land zu schließen. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Umsetzung der Vorgaben aus dem Gewässerschutzplan sein. In den kommenden Jahren werden zahlreiche Investitionen im Bereich des Abwassermanagements erforderlich sein, um auch weiterhin die gute Gewässerqualität und den guten Zustand der Südtiroler Gewässer zu garantieren.

Im Zusammenhang mit dem Wasserhaushalt und der Gewässerqualität ist auch die Aufgabe und Verantwortung der Land- und Forstwirtschaft zu nennen. Die Niederschläge belaufen sich in Südtirol im Jahr auf rund 5.000 Millionen Kubikmeter. Durch die Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen mit schwerem Gerät, den Verlust von Biodiversität, die Rodung von Waldflächen und den Verlust von Humusschichten nehmen die Abflussmenge sowie die Abflussgeschwindigkeit tendenziell zu. Das wirkt sich nicht nur negativ auf den Wasser- und Nährstoffhaushalt aus, da abgeflossenes Wasser und ausgewaschene Nährstoffe verloren gehen, sondern führt auch dazu, dass Fließgewässer immer rascher an die Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit kommen, mit entsprechenden

Zivilschutzereignissen. Natürlich wäre es falsch, hier der Land- und Forstwirtschaft eine alleinige Verantwortung zuzuschreiben. Die zunehmende Besiedlung und Verbauung sowie verschiedene touristisch genutzte Infrastrukturen haben ebenso einen entscheidenden Anteil an den zu beobachtenden Fehlentwicklungen. Diesen muss durch bedachte Planung, technische Maßnahmen und eine gute land- und forstwirtschaftliche Praxis begegnet werden. Dieser Trend, das Risiko von Trockenperioden und der damit verbundene Handlungsbedarf wurden auch auf staatlicher Ebene erkannt und entsprechende Mittel für Bewässerungsanlagen bereitgestellt. In Südtirol ergibt sich daraus die Notwendigkeit, dringend sinnvolle Projekte auszuarbeiten und einzureichen, um sich bestmöglich auf die zu erwartenden Veränderungen vorzubereiten.

Auch auf die Kreislaufwirtschaft wird das Augenmerk gerichtet werden. Im kommenden Jahr wird das Abfallsystem umgestellt.

Ein wichtiges Instrument zur Förderung der guten land- und forstwirtschaftlichen Praxis bleiben die Direktzahlungen im Rahmen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik sowie das ländliche Entwicklungsprogramm. Südtirols Ziel bleibt die Aufwertung des ländlichen Raumes sowie die Sicherung der Versorgungsfunktion und Wettbewerbsfähigkeit der Südtiroler Landwirtschaft. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern hatte es in Italien bisher ein staatliches Programm zur ländlichen Entwicklung sowie regionale Programme gegeben. Für Südtirol war dies ein Vorteil, da das Programm einfacher an die örtlichen Gegebenheiten und die Bedürfnisse der Berglandwirtschaft angepasst werden konnte. In der neuen Förderperiode 2023-2027 wird sich das leider ändern und für die Südtiroler Landesverwaltung zusätzliche Herausforderungen mit sich bringen. Aufgrund neuer EU-Vorschriften wird es auch in Italien nur mehr einen Strategieplan mit einem Förderprogramm geben. Die regionalen Bedürfnisse müssen in diesem Rahmen in der einen oder anderen Form berücksichtigt werden. Italien stehen knappe 7 Milliarden Euro für die ländliche Entwicklung zu, die nach neuen Kriterien aufgeteilt werden sollen. Deswegen ist es besonders wichtig, hier die Weichen für eine nachhaltige Entwicklungsperspektive in Südtirol zu stellen. Die Instrumente, auf die wir weiterhin setzen wollen, sind bekannt. Es geht um Ausgleichszahlungen für erschwerte Bewirtschaftung, um Agrarumweltprogramme, um die Förderung der Biolandwirtschaft, um die Betriebsnachfolge, um

Investitionsmaßnahmen, Maßnahmen im Forstbereich sowie die Leader-Programme. Im Programm 2014-2020 standen für die öffentlichen Beiträge 51,7 Millionen Euro jährlich zur Verfügung, während für das Programm 2023-2027 jeweils 54,3 Millionen Euro im Jahr vorgesehen sind. Im Bereich der Direktzahlungen der so genannten 1. Säule der gemeinsamen Agrarpolitik ist vorgesehen, dass eine Angleichung der Direktzahlungen je Hektar von mindestens 85 Prozent bis zum Jahr 2027 auf Staatsebene stattfindet. Somit wird es zwar weiterhin regionale Unterschiede in der Höhe der Direktzahlungen je Hektar geben, allerdings nähert sich der Durchschnittswert zwischen den Regionen weiter an, was einen finanziellen Vorteil für Südtirols Landwirtschaft bedeutet.

Südtirols Ziel bleibt die Aufwertung des ländlichen Raumes sowie die Sicherung der Versorgungsfunktion und Wettbewerbsfähigkeit der Südtiroler Landwirtschaft.

Selbst ein Mehr an Fördermitteln kann aber nicht ändern, dass die Situation vor allem in der Berglandwirtschaft schwierig ist und das liegt nicht nur am Wolf. Zu den hohen Produktionskosten, den stark gestiegenen Futtermittel- und Energiekosten sowie dem niedrigen Milchpreis ist im heurigen Sommer auch noch der Wassernotstand hinzugekommen. Die Milchwirtschaft fand sich 2022 deshalb in einer besonders schwierigen Situation wieder. Im auslaufenden Jahr wurde eine außerordentliche finanzielle Unterstützung für Milchviehbetriebe gewährt und bis Jahresende werden insgesamt 14 Millionen Euro für über 3.800 Anträge ausgezahlt sein. Es handelt sich um eine Maßnahme, mit der die gestiegenen Kosten etwas abgefedert und die Auflassung der aktiven Milchwirtschaft verlangsamt werden sollte. Mittel- und langfristig wird es allerdings eine stärkere gemeinsame Strategie der Südtiroler Milchwirtschaft brauchen, um einerseits Kosten einzusparen und vorhandene Kapazitäten bestmöglich auszunutzen und andererseits auf der Ebene des Agrarmarketings die Südtirol-Marke bestmöglich in Wert zu setzen. Hier hat die Wirtschaftsstandortagentur IDM in den vergangenen Jahren wertvolle Arbeit in die Weiterentwicklung und Positionierung der Marke Südtirol investiert, um den Schritt von einer Destinationsmarke zur Regionalmarke zu schaffen. Diese Neupositionierung kann sicher helfen, aber die wichtigen strategischen Entscheidungen für die Zukunftssicherung der Südtiroler Milchwirtschaft muss die Milchwirtschaft selbst treffen und endlich eine engere strategische Zusammenarbeit im Interesse der Bäuerinnen und Bauern auf den Weg bringen.

Selbst ein Mehr an Fördermitteln kann aber nicht ändern, dass die Situation vor allem in der Berglandwirtschaft schwierig ist und das liegt nicht nur am Wolf.

Ein wichtiger strategischer Schritt wurde im auslaufenden Jahr im Tourismus geschafft. Mit dem Landestourismusentwicklungskonzept 2030+ und der Entscheidung für einen Bettenstopp wurde eine wichtige Voraussetzung für eine qualitätsvolle Tourismusentwicklung geschaffen. Zunächst gilt es nun, die Anzahl der Gästebetten im Land zu erheben, um die Obergrenze mit konkreten Zahlen zu füllen. Darauf aufbauend ist dann die Zuteilung zu organisieren. Um den befürchteten Stillstand der Tourismusbranche in der Übergangszeit zu vermeiden, werden 7.000 Gästebetten auf Gemeindeebene und 1.000 Gästebetten auf Landesebene als Vorschuss gewährt. Die Anzahl dieser zugeteilten Reserve wird innerhalb von zehn Jahren mit aufgelassenen Betten wieder ausgeglichen. Ausnahmeregelungen gibt es für neue und bestehende gastgewerbliche Betriebe in historischen Ortskernen mit dem Ziel, diese zu beleben. Auch für Urlaub auf dem Bauernhof wird es nach Genehmigung der entsprechenden Kriterien durch die Landesregierung Ausnahmen geben, um die bäuerlichen Familienbetriebe zu erhalten. Der Weg zu einer tragfähigen Tourismusintensität und zukunftsweisenden Tourismuskultur ist in Südtirol nicht überall gleich lang oder beschwerlich, aber ein guter erster Schritt ist getan.

Der Weg zu einer tragfähigen Tourismusintensität und zukunftsweisenden Tourismuskultur ist in Südtirol nicht überall gleich lang oder beschwerlich, aber ein guter erster Schritt ist getan.

Einen solchen Schritt haben wir auch im Bereich der Mobilität und des öffentlichen Personennahverkehrs getan. Die Neuvergabe der Dienste ist erfolgt, aber es bleiben noch Anlauf- und Anpassungsschwierigkeiten, die zu überwinden sind. So wie in der Ausschreibung vorgesehen, werden 2023 über 300 neue Busse auf die Strecken gebracht. Zudem wird das gesamte Ticketingsystem neu implementiert. Dieses System wird viele neue Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, um die Zugangshürden weiter zu reduzieren. Durch die zunehmende Digitalisierung wird das Verkehrs- und Hotspotmanagement neue Möglichkeiten bekommen. Damit können Systeme der

Verkehrsbeschränkungen für sensible Gebiete Schritt für Schritt automatisiert werden. Zugleich kann den berechtigten Personengruppen der Zugang zu diesen Gebieten garantiert werden. Mit dem Landesplan für nachhaltige Mobilität und Logistik sollen die Maßnahmen für den zweiten Teil des Klimaplanes im Detail definiert werden, um die im ersten Teil des Klimaplanes gesetzten Ziele zu erreichen. Insgesamt stehen für den Bereich Personennahverkehr und Infrastrukturen rund 446 Millionen Euro zur Verfügung. Die im Jahr 2022 eingeführte Fahrradkoordinationsstelle wird beim Thema Fahrradmobilität einen Gang zulegen. Der Fahrradmobilitätsplan gibt dabei die Richtung vor. Die Förderung und Unterstützung von Initiativen für die Fahrradmobilität nicht nur für die Freizeit, sondern auch für den Weg zur Arbeit und zur Schule, sollen verstärkt werden. Dafür sind auch die Schaffung von sicheren Radabstellplätzen und der weitere Ausbau der Radwege wichtig.

Die im Jahr 2022 eingeführte Fahrradkoordinationsstelle wird beim Thema Fahrradmobilität einen Gang zulegen. Der Fahrradmobilitätsplan gibt dabei die Richtung vor.

Der Ausbau und die Verbesserung des Eisenbahnnetzes werden auch im kommenden Jahr ein wichtiges Thema bleiben. Die Elektrifizierung der Vinschger Bahn soll endlich zügig vorangehen. Die Arbeiten für die Aufweitung des Josefsbergtunnels werden nach dem Ersatz der Baufirma wieder aufgenommen und voraussichtlich bis Herbst 2023 abgeschlossen sein. Damit kann die Strecke Meran-Töll endlich wieder in Betrieb genommen werden. Auch die Ausbaupläne für die Meraner Linie, der Ausbau des Virgl Tunnels, die Errichtung der Haltestelle St. Jakob sowie der Riggertalschleife werden gemeinsam mit RFI auf Schiene gebracht.

Im Bereich Tiefbau stehen rund 92 Millionen Euro zur Verfügung. Davon werden rund 50 Prozent in die Sicherheit und die Verbesserung des bestehenden Straßennetzes investiert. Etwa 45 Prozent sollen durch die Umsetzung von Projekten zur Verkehrsentslastung in den Ortszentren zu einer Verbesserung der Lebensqualität beitragen. In diesem Sinne werden die Arbeiten für die Realisierung der Umfahrungen von Meran, Kastelbell, Vahrn und Kiens weitergeführt und die Arbeiten für die Umfahrung Percha und Branzoll in Angriff genommen. Hervorzuheben sind die Eingriffe und Projektierungen für die Neuorganisationen des Verkehrsnetzes der Stadt Bozen,

hauptsächlich in der Zone Süd der Stadt. Die restlichen 5 Prozent der finanziellen Mittel hingegen werden für Beiträge an Gemeinden im Hinblick auf die Verkehrssicherheit verwendet. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei Projekten gegeben, die nicht nur der Sicherheit dienen, sondern auch eine nachhaltige öffentliche Mobilität fördern, indem Fahrradwege, Bushaltestellen und Parkplätze auch zur Förderung der intermodalen Mobilität realisiert werden. Was die olympischen Spiele 2026 anbelangt, sind finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt worden, um die Zufahrt zu den olympischen Zentren zu verbessern. Es werden verschiedene Arten von Infrastrukturen errichtet, die eine zusätzliche Verbesserung der Sicherheit und des Verkehrsflusses mit sich bringen werden. Der nationale Aufbau- und Resilienzplan (PNRR) bietet vor allem für den Bereich Mobilität und den Ausbau von nachhaltigen Mobilitätsformen im Bereich Eisenbahn, Fahrrad und Bus gute Möglichkeiten. Innovation und Themen wie elektrische Fahrzeuge und die Produktion von grünem Wasserstoff sowie die Nutzung dieser Technologien im öffentlichen Personennahverkehr werden durch verschiedene Projekte verstärkt aktiviert.

Der nationale Plan für Aufbau und Resilienz (PNRR) bietet vor allem für den Bereich Mobilität und den Ausbau von nachhaltigen Mobilitätsformen im Bereich Eisenbahn, Fahrrad und Bus gute Möglichkeiten.

Generell ist die Bedeutung von Forschung und Entwicklung zu unterstreichen, wenn es darum geht, den künftigen Herausforderungen durch Klimawandel, Energiekrise und demografische Entwicklung konstruktiv zu begegnen. Im vorliegenden Haushaltsentwurf finden sich dafür rund 153 Millionen Euro, aber wir gehen davon aus, dass im Laufe des Jahres noch über 20 Millionen Euro eingeschrieben werden können. Aktuell fehlen nämlich die finanziellen Mittel für die Innovationsbeiträge nahezu zur Gänze und auch bei der Finanzierung der Universität, der EURAC und des NOI Techpark sind die eingeschriebenen Beträge noch nicht völlig ausreichend, um den zu erwartenden Bedarf zu decken.

Die internationalen Empfehlungen zum Thema Innovation sind klar. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) empfiehlt, verstärkt in Quellen künftigen Wirtschaftswachstums zu investieren. Dazu zählen besonders Bildung, Forschung und Entwicklung. In diesem Licht ist die neue dreijährige Leistungsvereinbarung der Freien Universität Bozen zu sehen, ebenso wie die geplante

Eröffnung des NOI Bruneck im Frühjahr 2023. In Bruneck entsteht ein Zentrum für die nachhaltige Mobilität und Vernetzung. Die Investition dient der Stärkung des Wissens- und Wirtschaftsstandortes Bruneck. Es werden die Universität, Forschungsaktivitäten mit einer Stiftungsprofessur zur nachhaltigen Fertigung im Automotive-Bereich, das Automotive-Netzwerk, Unternehmen und Start-ups Platz finden. Hier ist es glücklicherweise gelungen, eine erhebliche Teilfinanzierung über den staatlichen Fonds für Entwicklung und Kohäsion (FSC) zu erreichen.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) empfiehlt, verstärkt in Quellen künftigen Wirtschaftswachstums zu investieren. Dazu zählen besonders Bildung, Forschung und Entwicklung.

Die Freie Universität Bozen hat neben dem Ziel der Verschlankung, der Vereinfachung sowie entsprechender Einsparung auf Grundlage der erarbeiteten Spending Review das Ziel, die Attraktivität weiter zu steigern, um mehr Studentinnen und Studenten anzuziehen. Dadurch sinken auch die Durchschnittskosten pro Kopf. Mittelfristig sollen rund 6.000 Studierende erreicht werden, ausgehend von den aktuell 4.500 Studentinnen und Studenten. Im Sinne dieser Zielsetzung, wird auch die neue Ingenieur fakultät entwickelt. Die Eröffnung ist für das Jahr 2024 geplant. Durch die Integration der heutigen Lehrgänge Maschinenbau und Informatik mit Elektronik, soll ein Schwerpunkt für Automation, Robotik und künstliche Intelligenz entstehen. Gemeinsam mit den Labors der Fakultät Natur und Technik am NOI Techpark wird die Basis für einen Universitäts- und Innovationscampus gelegt. So wird die Zukunftsfähigkeit Südtirols in der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft, im Umwelt- und Forstbereich sowie bei den Themen Automation, Robotik und künstliche Intelligenz gestärkt und vorangetrieben. Für die Freie Universität Bozen sind für das Jahr 2023 aktuell 75 Millionen Euro veranschlagt. Der prognostizierte Bedarf liegt etwa 10 Prozent höher und wird im Laufe des Jahres nachgetragen. Auch in anderen Bereichen gibt es ähnliche Situationen. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, weshalb die Diskussion zur weiteren Senkung von Steuereinnahmen mit Vorsicht zu führen ist.

Gemeinsam mit den Labors der Fakultät Natur und Technik am NOI-Techpark wird die Basis für einen Universitäts- und Innovationscampus gelegt.

Trotz gezielter Schwerpunktsetzung werden es die geplanten finanziellen Ressourcen nicht ermöglichen, der Entwicklung des Bedarfes in allen Bereichen vollständig Rechnung zu tragen. Hier spielen einerseits die bereits genannten Preissteigerungen sowie die wirtschaftliche Entwicklung eine Rolle. Insbesondere in den Bereichen Arbeit, Gesundheit und Soziales bedingt auch die demografische Entwicklung einen stetig steigenden Bedarf, den es zu decken gilt. Die Herausforderung durch die demografische Entwicklung lässt sich am Gesellschaftsanteil der Menschen im Alter von über 65 Jahren plakativ darstellen: 2013 lag er bei 19 Prozent, im Jahr 2030 wird er voraussichtlich 24 Prozent betragen. Das aktuelle Durchschnittsalter der chronisch Kranken in Südtirol liegt derzeit bei 63 Jahren und allein diese Zahl lässt erahnen, was ein steigendes Durchschnittsalter der Bevölkerung für den öffentlichen Haushalt bedeutet.

Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass in den letzten Jahren die Ausgaben für den Bereich Soziales mit am stärksten gewachsen sind. Im Jahr 2016 betrug der Anfangshaushalt im Sozialbereich rund 448 Millionen Euro und im Jahr 2019 rund 499 Millionen Euro. Der letztjährige Haushalt startete bei etwa 567 Millionen Euro und für das Jahr 2023 starten wir mit 554 Millionen Euro. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass auch hier weitere Ansprüche im Laufe des Jahres erwachsen werden, welche wir hoffen über einen Nachtrag abdecken zu können. Südtirol hat ein dichtes soziales Netz, an dem rund 7500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter knüpfen, gemeinsam mit rund 400 Vereinen und Verbänden und über 10.000 Freiwilligen, die in diesem Bereich im Einsatz sind, um das Netz tragfähig zu halten und über 650 Leistungen zu garantieren. Mit dem unmittelbar vor der Verabschiedung stehenden Landessozialplan soll zudem ein strategisches Fundament gelegt werden, auf welchem dieser Bereich in den kommenden Jahren solide aufbauen kann. Es geht dabei um bereichsübergreifende Strategien und Maßnahmen, mit dem Ziel der Entwicklung des Gemeinwesens sowie der Aktivierung des sozialen Kapitals. Es geht um Mitsprache der Betroffenen und die Förderung der autonomen Lebensführung, um Armutsbekämpfung, um Qualitätssicherung der sozialen Dienste, um die Reform der Sozialsprengel, Personalmanagement und Fachkräftebedarf, um die Kooperation zwischen Soziales und Gesundheit sowie um die Aufwertung der Rolle des dritten Sektors und des Ehrenamtes.

Ein wichtiger Impuls am Schnittpunkt zwischen Familie, Gesundheit und Soziales wurde auch mit der Verabschiedung des Landesgesetzes zum aktiven Altern gegeben. Es geht dabei um Themen wie bessere Teilhabe und Einbindung, um Prävention und Gesundheit sowie die Absicherung der Sicherheit der älteren Menschen in Südtirol. Wie im Sozialbereich ist auch im Familienbereich die Nachfrage steigend, beispielsweise bei der Kleinkindbetreuung oder der Sommer- und Nachmittagsbetreuung. In den vergangenen Jahren konnte das Angebot quantitativ und qualitativ ausgebaut werden. Wir streben in diesem Bereich weitere Verbesserungen an, vor allem, um die Familien noch gezielter zu unterstützen. Die von mir persönlich angeregte und mit dem Gemeindenverband ausgehandelte Regelung betreffend die Mindeststandards für die Personalkosten bei der Ausschreibung von Kindertagesstätten soll hierbei einen klaren Impuls geben und auch Ausdruck der klaren Absicht sein, die finanzielle Wertschätzung für vorwiegend „weibliche“ Berufe zu verbessern, so wie dies auch für unterrichtendes Personal und den Pflegebereich angestrebt wird.

Vor allem durch das zunehmend spürbare Thema des Arbeitskräftemangels bekommt dieser Einsatz eine zusätzliche Dimension. In den nächsten 10 Jahren werden Jahr für Jahr 3.000 Personen mehr den Arbeitsmarkt verlassen, als neue Arbeitskräfte hinzukommen. Mit Zuwanderung bzw. dem Zuzug von qualifizierten Fachkräften allein, kann diese Herausforderung nicht bewältigt werden. Südtirol ist beim Ausschöpfen seiner stillen Reserve für den Arbeitsmarkt bisher nur Mittelmaß. Jugendliche, Ältere und vor allem Frauen können noch besser in den Arbeitsmarkt eingebunden werden. Familiäre Begleitungs- und Betreuungsangebote haben in diesem Sinne auch eine potenziell positive Auswirkung auf den Arbeitsmarkt und die entsprechende Wertschöpfung. Eine Erhöhung der Wertschöpfung der Arbeitskräfte muss auch allgemein erreicht werden. Beispielsweise sollen die eingetragenen Arbeitslosen aus- und weitergebildet werden, um ihre Beschäftigungsfähigkeit zu steigern, so wie auch vom staatlichen GOL-Programm vorgegeben.

Die Herausforderung durch die demografische Entwicklung lässt sich am Gesellschaftsanteil der Menschen im Alter von über 65 Jahren plakativ darstellen: 2013 lag er bei 19 Prozent, im Jahr 2030 wird er voraussichtlich 24 Prozent betragen.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Kosten für unsere Kernleistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Soziales und Familie weiterhin steigen. Bezogen auf den Anfangshaushalt standen für den Gesundheitsbereich im Jahr 2016 rund 1.177 Millionen Euro in der Bilanz und für den Bereich Bildung waren es 825 Millionen Euro. Für das Jahr 2023 sind aktuell rund 1.480 und 1.070 Millionen Euro vorgesehen. Angesichts der demografischen Entwicklung ist das zwar keine große Überraschung, aber eben eine sehr herausfordernde Tatsache. Die Gesundheitsversorgung und Pflege einer jährlich älter werdenden Gesellschaft kosten Jahr um Jahr mehr. Auch die Aufwertung der Pflegeberufe ist ein großes Thema. Neben einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für Ausbildung und Beschäftigung ist auch eine angemessene monetäre Anerkennung dieser Berufe notwendig.

Im Südtiroler Gesundheitswesen gehören der Ausbau des wohnortnahen Versorgungsnetzes, die Personalrekrutierung sowie die Digitalisierung zu den wichtigsten Schwerpunkten im Haushaltsjahr 2023. Der Ausbau wohnortnaher Dienste und damit auch die Stärkung der Rolle der Ärztinnen und Ärzte für Allgemeinmedizin, der Kinderärztinnen und -ärzte sowie der Apotheken ist eine unaufschiebbare Notwendigkeit. Dies ist nicht nur aufgrund der alternden Bevölkerung und der zunehmenden Anzahl chronisch Kranker eine dringende Notwendigkeit, sondern auch aufgrund der Erfahrungen in der Pandemiebewältigung. Investitionen in diesen Bereich sind auch deshalb strategisch, weil sie eine Eindämmung der Kosten mit sich bringen, die im Gesundheitsbereich erfahrungsgemäß um 3 bis 4 Prozent im Jahr steigen. Eine verbesserte Patientenversorgung, die Entlastung der Krankenhäuser durch die Betreuung chronisch kranker Menschen in wohnortnahen Strukturen sowie die Reduzierung von Wartezeiten für fachärztliche Visiten und diagnostische Leistungen sind weitere Vorteile, mit denen wir rechnen. Für diese Maßnahmen stehen 64 Millionen Euro aus dem nationalen Plan für Aufbau und Resilienz (PNRR) zur Verfügung, mit denen in den

kommenden Jahren unter anderem 10 Gemeinschaftshäuser, 3 Gemeinschaftskrankenhäuser und 5 wohnortnahe Einsatzzentralen errichtet werden.

Ohne das entsprechende Personal sind insbesondere im Gesundheitsbereich die geplanten Dienste nicht realisierbar. Deshalb sind die Personalausbildung, die Personalrekrutierung sowie die langfristige Bindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitere Kernaufgaben für das Jahr 2023. Ganz besonders die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze für Pflegeberufe sowie Medizinstudienplätze, aber auch Maßnahmen, um die Gesundheitsberufe und deren Ausübung in Südtirol attraktiver zu machen, stehen dabei im Vordergrund. Mit 17,5 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt kommt diesem Bereich ein entsprechendes Gewicht zu. Angesichts des Gesamtumfangs des Gesundheitshaushaltes ist dies eine leicht vertretbare Summe. Dasselbe gilt für die rund 11,8 Millionen Euro, die im Landeshaushalt für die Digitalisierung im Gesundheitsbereich bereitgestellt werden. Die Digitalisierung ist ein fortlaufender und höchst strategischer Prozess, durch den die Voraussetzungen für eine schnelle und effiziente Abwicklung der Leistungen geschaffen werden und damit für die Optimierung der Patientenversorgung insgesamt. Weitere wichtige Vorhaben sind die Umsetzung des nationalen Präventionsplans, das Aufholen COVID-bedingter Verzögerungen in der Gesundheitsversorgung, wofür vom Staat rund 4,3 Millionen Euro bereitgestellt werden, und die Stärkung des Sozial- und Gesundheitsnetzwerks. Auch die Bewältigung der SARS-Cov-2-Pandemie, die uns nach wie vor begleitet, wird wieder Geldmittel binden.

Der Ausbau wohnortnaher Dienste und damit auch die Stärkung der Rolle der Ärztinnen und Ärzte für Allgemeinmedizin, der Kinderärztinnen und -ärzte sowie der Apotheken ist eine unaufschiebbare Notwendigkeit.

Mit dem Bereich der Bildung haben wir eine weitere Kernleistung zu garantieren, deren Kosten tendenziell zunehmen. Zwar haben wir weniger Schülerinnen und Schüler als noch vor Jahren, es gibt aber ein umfassenderes Bildungsangebot, das auch in einer größeren Breite in Anspruch genommen wird. Das bedeutet mehr Schulstunden, mehr persönliche Betreuung und mehr individuellen Zuschnitt der Leistungen. Eine gute Ausbildung unserer Kinder ist ein wichtiges Fundament für die Zukunft, bedeutet aber zusätzliche Kosten für Personal und Lehrmittel sowie einen größeren organisatorischen Aufwand für Mobilität und Betreuung rund um den Schulalltag. Die Förderung des Zugangs zu Bildung sichert

das Recht auf Bildung: ob Schülertransport, Schul- und Studienstipendien, Leihbücher oder Heime, sie garantieren die Teilhabe an Bildung. Deshalb haben wir die Studienbeihilfen erhöht, deshalb schaffen wir genügend Heimplätze. Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen in Südtirol beste Bildungschancen und somit soziale Mobilität ermöglichen, unabhängig von ihrer Herkunft und den ökonomischen Möglichkeiten.

Wir investieren also nicht nur in Infrastrukturen und Bauprojekte, sondern vor allem auch in die aktive Gestaltung der Zukunft. Zu diesem Zweck werden wir uns noch kritischer und fundierter mit der Überprüfung des Landeshaushaltes im Sinne der Ausgabenüberprüfung auseinandersetzen. Das aktuelle Leistungsspektrum der Landesverwaltung ist Ausdruck gesellschaftlicher Notwendigkeiten und Erwartungen, denen wir durch entsprechende politische Abwägungen und Verhandlungen so gut wie möglich entgegenkommen müssen. So unterschiedlich wie die Interessen ist auch der Blick auf den Landeshaushalt. Wie bereits mehrfach betont, ist die Haushaltsüberprüfung ein laufender Prozess. Dafür haben wir bereits eigene informationstechnische Möglichkeiten geschaffen und nun auch eine eigene Stelle eingerichtet. Dies wird helfen, macht die Sache aber letztlich nicht einfacher, denn Einsparungen und Verzicht sind in der Regel keine politischen Ziele, die Freude und Freunde machen. Wir werden aber Wege finden müssen, um auch für diese Botschaft Akzeptanz und Verständnis zu schaffen.

Zwar haben wir weniger Schülerinnen und Schüler als noch vor Jahren, aber es gibt ein breiteres Bildungsangebot, das auch in einer größeren Breite in Anspruch genommen wird.

Keine Kürzungen sind im Bereich Wohnbau geplant. Während im Anfangshaushalt 2022 70 Millionen Euro zur Verfügung standen, sind heuer bereits über 15 Prozent mehr vorgesehen. Darüber hinaus wurde die Bautätigkeit des Wohnbauinstituts (WOBI) durch ein Darlehen vom Landeshaushalt entkoppelt. Das ermöglicht dem WOBI eine schnellere Umsetzung der Bau- und Sanierungsprogramme. Durch die bestehenden Wohnbau-Maßnahmen konnten in den vergangenen Jahrzehnten wichtige Ergebnisse erzielt werden, wie eine deutliche Stärkung der Eigentumsquote, die zudem für viele eine solide Altersabsicherung darstellt. Es war kein Zufall, dass der Bereich des Wohnbaus unmittelbar nach dem Inkrafttreten des Autonomiestatuts ein prioritäres Thema war, das mit einem eigenen Landesgesetz geregelt wurde. Angesichts der Tatsache, dass die

besiedelbare Fläche in Südtirol äußerst begrenzt ist, gleichzeitig Familien immer kleiner werden und die Nachfrage nach Wohnraum weiter steigt, bleibt die zukunftsgerichtete Entwicklung in diesem Bereich eine zentrale Aufgabe. Insgesamt wurde den Bereichen Wohnbauförderung und sozialer Wohnbau über die Jahre durch entsprechende Neuregelungen ein moderner und zukunftsgerichteter Rahmen gegeben. Ziel bleibt eine weitere Vereinfachung der Maßnahmen und der Verfahren. An vielen Stellen bleibt der Bereich Wohnbau aber noch eine Baustelle und angesichts der Zunahme der Immobilien- und Baumaterialpreise werden weitere Akzente und dementsprechende Mittel notwendig sein.

Vor dem bisher geschilderten Hintergrund dürfte die am Anfang gemachte Feststellung, dass die so beeindruckend anmutende Summe von 6,69 Milliarden Euro angesichts der Erwartungen und Notwendigkeiten relativ bescheiden wirkt, nachvollziehbar sein. Wir verfügen aber ohne Zweifel über einen gut ausgestatten Haushalt, der nicht zuletzt auch aufgrund der zähen und erfolgreichen Finanzverhandlungen mit der italienischen Regierung sehr viele Gestaltungsmöglichkeiten garantiert – etwas Kompromissbereitschaft im Lande vorausgesetzt. Das im letzten Jahr erreichte Finanzabkommen mit Rom garantiert uns dauerhaft jährlich 137 Millionen Euro mehr, als dies vorher der Fall war und die erzielte Einigung hat die Garantien des Sicherungspaktes aus dem Jahr 2014 aufrechterhalten, damit das dynamische Modell – das Unvorhersehbares wie Katastrophenfälle berücksichtigt – sichergestellt bleibt, ebenso wie das verfassungsrechtlich bestätigte Prinzip der Vollständigkeit der Zahlungen. Die Frage zu den uns noch zustehenden Mitteln aus den Akzisen auf Treibstoff wurde bisher noch nicht beantwortet. Dazu laufen die Verhandlungen mit dem Staat weiter. Ebenso die Gespräche zur Frage der so genannten Steuerneutralität, also über die Tatsache, dass sich etwaige Steuersenkungen auf gesamtstaatlicher Ebene negativ auf unsere Kassen auswirken könnten und es in diesem Fall Ausgleichsmechanismen braucht.

Durch die bestehenden Wohnbau-Maßnahmen konnten in den vergangenen Jahrzehnten wichtige Ergebnisse erzielt werden, wie eine deutliche Stärkung der Eigentumsquote, die zudem für viele eine solide Altersabsicherung darstellt.

Südtirols relative finanzielle Unabhängigkeit dauerhaft abzusichern ist eine der zentralen Errungenschaften, die über die Jahre erreicht wurde. So können wir heute eine Reihe unserer Zuständigkeiten aktiv gestalten und dank der uns zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel mit Leben füllen. Wir können heute auf ein ereignisreiches Jahr zum 50. Jahrestag des Zweiten Autonomiestatuts zurückblicken: Wir haben alle gemeinsam versucht, durch verschiedene Festveranstaltungen, Informationsinitiativen, Delegationsreisen, Diskussionen und Aktionen im Land, das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für den grundlegenden Wert unserer autonomen Bestimmungen zu schärfen und zu stärken. Unsere Autonomie, mit ihren Vorschriften zu Proporz und Mehrsprachigkeit, verursacht natürlich auch Kosten, aber letztlich werden Konflikte vermieden, die weit schwerer wiegen würden. Auch mit der Frage, wie wir unsere relative Unabhängigkeit nutzen können, um den Weg zur Nachhaltigkeit Tag für Tag bestmöglich zu bereiten und zu beschreiten, haben wir uns auseinandergesetzt und werden uns weiterhin auseinandersetzen. In diesem Sinne wollen wir auch verstärkt internationale Anknüpfungspunkte suchen, um unsere Autonomie als positives Beispiel einer internationalen Konfliktlösung im Bewusstsein der Weltgemeinschaft zu verankern. Die Entscheidung, ein modernes Dokumentationszentrum der Südtirol-Autonomie im geplanten Bibliothekszentrum in Bozen unterzubringen, zielt genau in diese Richtung.

Südtirols relative finanzielle Unabhängigkeit dauerhaft abzusichern, ist eine der zentralen Errungenschaften, die über die Jahre erreicht wurde.

In Italien hat es im auslaufenden Jahr wieder einen Machtwechsel gegeben. Die ideologische Grundausrichtung einiger Vertreterinnen und Vertreter der neuen politischen Mehrheit in Rom gebietet für Südtirol, aufmerksam und vorsichtig zu bleiben. Die bisher abgegebenen Erklärungen der Regierung zum Schutz, Ausbau und zur Wiederherstellung der Südtirol-Autonomie sowie die gezeigte Bereitschaft, vorhandene Probleme konkret angehen zu wollen, lassen die im Vorfeld gehegten Befürchtungen aktuell etwas zu

pessimistisch scheinen. Wie so oft, wird aber auch diesmal gelten: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen.

Südtirols Autonomie kann nie als abgeschlossen betrachtet werden. Im Sinne einer dynamischen Autonomie, muss sie ständig weiterentwickelt und angepasst werden. Die Geschichte des Zusammenspiels der verschiedenen Akteurinnen und Akteure in Wien, Rom, Bozen und Trient hat uns gelehrt, dass sich Kräfteverhältnisse immer auch verschieben können: eine Position der Stärke wird so zu einer schwächeren und umgekehrt. Unsere Autonomie macht es immer wieder notwendig, Fehlentwicklungen zu korrigieren, so wie dies aktuell aufgrund der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs in der Folge der Verfassungsreform 2001 notwendig ist. Hier gilt es, endlich jenen Weg zu beschreiten, welchen der Artikel 10 der Verfassungsreform 2001 vorsieht, um das Autonomiestatut mit den damals definierten Querschnittskompetenzen zu koordinieren, was bedeutet, diese dort einzuschränken, wo die autonomen Zuständigkeiten Südtirols negativ berührt werden. Es ist kein ungefährlicher und sicher kein einfacher Weg. Die neue italienische Regierung hat aber ein klares Bekenntnis abgegeben und auch schon signalisiert, dass sie sich schnell und konkret an die Arbeit machen will. In diesem Sinne gilt es, sich gemeinsam und im Wissen um die schützende Hand Österreichs sowie der internationalen Staatengemeinschaft an die Arbeit zu machen.

Unsere Autonomie macht es immer wieder notwendig, Fehlentwicklungen zu korrigieren, so wie dies aktuell aufgrund der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs in der Folge der Verfassungsreform 2001 notwendig ist.

Wie wichtig und bereichernd die internationale Vernetzung ist, erleben wir gerade in Südtirol aufgrund der Brückenfunktion zwischen verschiedenen Sprachen und Kulturen immer wieder sehr positiv. Die erfolgreiche Übernahme der EUSALP Präsidentschaft 2022 sowie die Übergabe an die Schweiz, an der wir konstruktiv mitwirken konnten, ist ein hervorragendes Beispiel. In einem schwierigen Moment haben wir Verantwortung übernommen, um das Präsidentschaftsrad als Symbol der Traditionen und der Bewegung in den Alpen am Laufen zu halten und den gemeinsamen Anliegen neue Kraft zu geben. Das ist gelungen und erfüllt uns mit Freude und Dankbarkeit, denn vielen Themen und

Herausforderungen, von denen ich heute gesprochen habe, können wir nur in grenzüberschreitenden Allianzen gerecht werden.

In diesem Zusammenhang will ich auch die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino nennen und an die bevorstehende Präsidentschaft Südtirols erinnern. In dieser Präsidentschaft werden wir wieder alles daransetzen, um wichtige Akzente zu setzen, insbesondere in den Bereichen der Nachhaltigkeit sowie des sozialen Zusammenhalts.

Abschließend möchte ich noch kurz auf ein Thema hinweisen, das durch den farblichen Akzent und das #æquitas in der Kopfzeile symbolisiert wird: Chancengerechtigkeit und Gleichstellung. Persönlich bin ich fest davon überzeugt, dass eine gleichberechtigte Gesellschaft eine große Chance ist und viele Entwicklungspotentiale birgt. Wir müssen zweifellos an einem echten Kultur- und Strukturwandel in vielen Bereichen unserer Gesellschaft arbeiten. Es gilt gemeinsam die Freude zu erleben und zu fördern, die das Leben auf Augenhöhe in einer gleichberechtigten Gesellschaft prägt. Im kommenden Jahr soll deshalb der Gleichstellungsaktionsplan ÆQUITAS verabschiedet werden. Dieses strategische Grundlagendokument wird in Umsetzung der im Jahr 2021 unterzeichneten EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene erstellt und baut auf einer breiten gesellschaftlichen Beteiligung auf. Grundsätzlich wird es in acht Handlungsfeldern um verschiedene Maßnahmen gehen: um Beschäftigung, Sicherheit und Schutz vor Gewalt, Bildung, Gesundheit, Beteiligung, soziale Sicherheit, Rollenbilder und Medien. Das wird ein wichtiger Meilenstein, aber mehr noch ist es bereits jetzt schon entscheidend, dass sich möglichst viele Menschen jeden Tag im Sinne des Ziel 5 der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen für die Gleichheit der Geschlechter einsetzen und dafür einstehen: ganz im Sinne des #everydayforfuture, um jeden Tag die Dinge ein klein wenig besser zu machen. Dabei gilt es, die Widersprüche auszuhalten, die immer wieder auftreten, und den konstruktiven Kompromiss zu suchen.

Persönlich bin ich fest davon überzeugt, dass eine gleichberechtigte Gesellschaft eine große Chance ist und viele Entwicklungspotentiale birgt.

Danke für die Aufmerksamkeit! Ich freue mich auf eine konstruktive Debatte und eine hoffentlich gute Entscheidung zum vorliegenden Haushaltsvoranschlag.